

Europa steht zur Wahl. Rede beim Festakt „70 Jahre Europa-Union Deutschland“

Wolfgang Schäuble*

Federal Minister of Finance Wolfgang Schäuble presented prospects for the future of European integration on the occasion of the 70th jubilee of the “Europa-Union Deutschland”, Germany’s largest pro-European citizens’ initiative. Starting with the paradoxical observation that rising support for Europe-sceptics coincides with increasing demand for European political solutions, he underlines that national policies alone cannot cope with current global and societal challenges. Since a treaty revision does not have the necessary support, he advocates an intergovernmental approach to achieve reforms. For defence, economic, labour market, asylum and migration policy as well as for the monetary union he then details his proposals for deeper integration. In the past, crises have strengthened Europe. With regard to the size of the current crises, we Europeans face huge opportunities which we should grasp.

Es hat etwas Paradoxes derzeit mit Europa, mit der europäischen Einigung: Einerseits wachsen die Anforderungen, die Erwartungen an Europa angesichts globaler Herausforderungen und Veränderungen – nicht zuletzt auch nach dem Präsidentschaftswahlkampf in den Vereinigten Staaten. Andererseits nehmen die Zweifel an europäischer Problemlösungsfähigkeit zu. Die Europa-Skepsis steigt mehr oder weniger in allen Mitgliedstaaten. Viele sehen die Entscheidung im britischen Brexit-Referendum eher als Menetekel für weiteren Zerfall denn als beklagenswerten Sonderfall.

Einerseits ist weithin unbestritten, dass der europäische Einigungsprozess in nunmehr bald 70 Jahren nicht nur eine historisch einmalige Ära von Frieden und Stabilität in Europa sogar im Kalten Krieg und bei der Überwindung der europäischen Teilung bewirkt hat, sondern auch in großen Teilen wirtschaftliche Prosperität. Beides zusammen hat zu wachsender Attraktivität und zunehmenden Beitrittswünschen geführt.

Andererseits sind mit zunehmender Regulierungsdichte die Entscheidungsstrukturen unübersichtlicher, und zumindest scheinbar auch ineffizienter geworden. Die intensiven Arbeiten für eine europäische Verfassung, die schließlich zum Vertrag von Lissabon führten, haben das eher noch verstärkt. Der europäische Bundesstaat, so wie er noch im Grundsatzprogramm der Europa-Union von 2012 beschrieben ist, scheint heute vielen ein eher ferner Traum. Zunehmend mehr Menschen wird er sogar eher Albtraum sein.

Die Bereitschaft, sich europäischen Mehrheitsentscheidungen anzuvertrauen, wächst in vielen Mitgliedstaaten nicht und die Bereitschaft, europäische Institutionen – das Parlament und die Kommission als Regierung – als eigene demokratisch legitimierte Repräsentanten zu akzeptieren, wächst bei vielen Bürgern auch nicht. Der Streit über Ursachen und Verantwortung dafür ändert am Befund wenig. Weil die Bereitschaft, Teile nationalstaatlicher Souveränität an europäische Institutionen abzugeben, seit jeher in den Mitgliedstaa-

* Dr. Wolfgang Schäuble, Mitglied des Deutschen Bundestages, Bundesminister der Finanzen, Berlin.

Der Beitrag dokumentiert die Rede, die Wolfgang Schäuble anlässlich des Festakts zum 70-jährigen Bestehen der Europa-Union Deutschland am 11. Januar 2017 in der Französischen Friedrichstadtkirche in Berlin gehalten hat.

ten unterschiedlich, aber meist sehr begrenzt war, entstand das Prinzip der „immer engeren Union“: europäische Einigung schrittweise und zwar immer da, wo konkrete Einigungsschritte realisierbar waren.

Nun muss man darauf hinweisen: Die Unterschiede in Lebensverhältnissen und Traditionen in Europa, auch die Unterschiede in politischer Entscheidungsfindung und Rechtsanwendung, sind groß. Hinzu kommt in einer immer komplexeren Welt eine ohnehin wachsende Kompliziertheit von nationalen und internationalen Regulierungen. Deswegen sollte man über Entwicklungen europäischer Rechtsetzung und Rechtsanwendung nicht so einfach und so laut klagen. Aber all das zusammen bietet eben doch reichlich Nahrung für Klagen über Intransparenz und Überregulierung. Das Sein bestimmt bekanntlich das Bewusstsein und folglich bestimmt die politische Zuständigkeitsebene die politische Perspektive. Dafür bietet das Verhältnis von Kommunal-, Landes- und Bundespolitikern hinreichend Erfahrungen. Deswegen kann nicht überraschen, dass der Blick auf konkrete Probleme sich aus der Sicht europäischer Institutionen oft anders darstellt als aus der Sicht der Mitgliedstaaten. Wenn schließlich die Diskussion über Europas Widrigkeiten darin endet, dass sich die auf den verschiedenen Ebenen Engagierten für diese Widrigkeiten gegenseitig die Verantwortung zuschieben, ist das auch nur die Bestätigung des Übels statt einer Lösung.

Trotzdem bleibt es richtig: Die europäische Einigung ist vielleicht die beste Idee, die die Europäer im 20. Jahrhundert hatten und gewiss ist sie die beste Vorsorge für unser 21. Jahrhundert. Globalisierung ist eben nicht nur ein Schlagwort, sondern Ausdruck dafür, dass die globale Interdependenz zunimmt. Das nationalstaatliche Regulierungsmonopol reicht für die Bekämpfung des Klimawandels so wenig aus wie für die Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität in Zeiten von Massenvernichtungswaffen und asymmetrischer Kriegführung oder für die Durchsetzung rechtlicher Standards im Internet oder auf globalisierten Finanzmärkten. Das alles erfordert mehr Zusammenarbeit und Abstimmung auf globaler oder zumindest auf multinationaler Ebene und europäische Einigung ist mit Abstand das weltweit am weitesten gediehene Modell dafür – in all ihrer unbestreitbaren Schwerfälligkeit und Kompliziertheit.

Hinzu kommt, dass wir mit einem sich beschleunigenden Wandel konfrontiert sind – vor allem durch das Zusammenspiel von Globalisierung und Digitalisierung, die wir zudem in alternden Gesellschaften verarbeiten müssen. Diese für viele Menschen kaum noch begreifbaren Modernisierungsschübe lösen Abwehrreaktionen in der Gesellschaft aus. Das Bedürfnis nach Vertrautem wächst, nach Verortung im Regionalen, im Nationalen. Skepsis gegenüber Offenheit und Veränderung nimmt zu.

Durch die Veränderungsprozesse in der Kommunikationstechnologie werden Informationsvermittlung und öffentlicher Diskurs grundlegend verändert. Weil Zugang zu Information und deren öffentliche Interpretation Grundlage von politischer Ordnung sind, wird der Erfolg des Begriffes „postfaktisch“ zum Ausdruck der Krise, in der sich die Politische Kultur der liberalen Demokratien befindet.

Dieses westliche Modell – Freiheit, Schutz der Menschenwürde, Demokratie, Herrschaft des Rechts – wird infrage gestellt, gewissermaßen einem Stresstest unterzogen. Für dieses westliche Modell ist – ganz unabhängig davon, wie sich die weltpolitische Führungsrolle der USA entwickeln wird – Europa nicht nur entstehungsgeschichtlich unverzichtbar. Es

wird in der global interdependenten Welt auch nur als eine Art Einheit eine angemessene Rolle spielen können. Jeder einzelne europäische Staat ist im globalen Maßstab nicht hinreichend relevant.

Der Widerspruch bleibt: Trotz wachsender Zweifel und Europaskepsis bleibt europäische Einigung im Sinne einer handlungsfähigen europäischen Einheit unverzichtbar. Nun ist die europäische Einigung immer in oder nach Zeiten großer Krisen substanziell vorangekommen. Auch das ist nichts Ungewöhnliches. Jeder, der in Politik, Wirtschaft oder Gesellschaft Veränderungen durchsetzen will, stößt auf starke Widerstands- und Beharrungskräfte, die am ehesten durch wachsenden Problemdruck oder durch zunehmendes Problembewusstsein überwunden werden können.

Jeder in Brüsseler Abläufen Kundige weiß heute, dass Änderungen des europäischen Primärrechts unrealistisch sind. Dazu muss vielleicht erst die Krise in Europa noch größer werden, um das Notwendige zustande zu bringen. Für den, der auf der Grundlage eines demokratischen, damit auch zeitlich befristeten, Mandats handelt, folgt daraus ein Problem: Um das für notwendig Gehaltene zu erreichen, scheint eine weitere Zuspitzung der Probleme hilfreich, aber das Mandat verlangt eine Reduzierung der Probleme in der Gegenwart. Dieser Widerspruch, dem demokratisch verfasste Politik unterworfen ist, hängt mit der Ambivalenz zwischen langfristigen Konzepten und kurzfristiger Konkretisierung zusammen, an die schon Helmut Schmidt mit seiner Formulierung des Spannungsverhältnisses zwischen Vision und „muddling through“ erinnerte. Aus diesem Dilemma kann Friedrich August von Hayeks Warnung vor der „Anmaßung von Wissen“ helfen. Weil wir den Gang der Geschichte niemals im Voraus kennen, handeln wir pragmatisch kurzfristig – ohne das Nachdenken darüber zu vergessen, was in der Zukunft möglich werden könnte.

Konkret ist europäische Politik nur auf der Grundlage des europäischen Primärrechts möglich und solange die Mitgliedstaaten die Herren der Verträge sind, auch nur auf der Grundlage nationaler Verfassungs- und Rechtsordnungen. Aber zugleich muss europäische Politik auch über institutionelle Weiterentwicklung nachdenken. Europäische Handlungsfähigkeit muss heute in Problemfeldern verbessert werden, in denen auch in den Augen europaskeptischer Bevölkerungsteile keine allein nationalstaatlichen Lösungen möglich sind.

Soweit das durch die rechtlichen und tatsächlichen Begrenzungen im Rahmen des Primärrechts nicht möglich ist, muss es zunächst pragmatisch, intergouvernemental vorangebracht werden – wie immer man das im Einzelfall nennen mag: variable Geometrie oder flexible Geschwindigkeit, Kerneuropa oder „coalition of the willing“. Solange jeder Schritt künftig auch für andere offen bleibt, widerspricht das nicht dem Prinzip europäischer Einigung oder Solidarität, und mit jedem konkreten Erfolg wird die Attraktivität des europäischen Projekts auch für heute Zweifelnde wieder stärker. Wir müssen als Europa erwachsener werden, unsere Probleme besser lösen, unsere Interessen besser feststellen und dann gemeinsam vertreten: in der Migrationspolitik, in der Sicherheits- und Außenpolitik, in der Wirtschafts- und Währungspolitik.

Außengrenzschutz und gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik

Vieles spricht dafür, dass die jetzige Flüchtlingssituation nur ein Vorbote ist. Wir stehen wohl eher am Anfang einer Phase, in der Entwicklungen irgendwo auf der Welt immer

mehr und spürbarer Einfluss auch auf unser Leben in Europa haben werden – eben vor allem auch durch Migration.

Wenn wir auf die Kontrolle der Binnengrenzen verzichten wollen, und das ist für die europäische Einigung essenziell, brauchen wir ein einheitliches Regime für die Außengrenzen. Dafür benötigen wir einheitliche europäische Asylverfahren und gemeinsame Standards, damit klar ist, wer in Europa Aussicht auf Asyl hat und wer nicht. Es muss Europa entscheiden können, wer zu uns kommt, und nicht irgendwelche Schlepperbanden.

Wir müssen im Rahmen eines erneuerten Dublin-Systems zu einer fairen und politisch akzeptierten Verteilung der Flüchtlinge in Europa kommen. Die Staats- und Regierungschefs haben jetzt verabredet, das bis Mitte dieses Jahres zu schaffen – immerhin. Wenn das alles einigermaßen gelingt, erübrigt sich auch die leidige Obergrenzen-Diskussion.

Für den Schutz der europäischen Außengrenzen sind erste Beschlüsse zum Aufbau einer europäischen Grenzschutztruppe gefasst. Nach dem europäischen Flüchtlings-Abkommen mit der Türkei brauchen wir entsprechende Rücknahme-Abkommen mit Ägypten und den nordafrikanischen Staaten. Die Europäische Kommission arbeitet daran. Es gibt bereits eine Reihe von Migrationspartnerschaften, die die Flüchtlingszahlen auch schon zurückgehen lassen. Ein erstes Abkommen ist mit Mali unterzeichnet worden, mit dem die Rückkehr von Flüchtlingen beschleunigt werden soll, deren Asylbegehren in Europa abgelehnt wurden. Das alles kann Europa besser als jeder Mitgliedstaat für sich allein.

Wir müssen uns – das ist ein Lernprozess, der gerade stattfindet – stärker um die Stabilisierung unserer Nachbarschaft kümmern – auch das kann Europa gemeinsam besser. Solange sich die Lebensbedingungen in den Regionen, aus denen die Flüchtlinge kommen, nicht verbessern, sind die Menschen auf der Flucht vor Krieg, Gewalt, Hunger und Armut, werden sie sich auf den Weg nach Europa machen.

Verteidigungsunion in Richtung einer europäischen Armee

Es liegt auch auf der Hand, dass wir in der Sicherheitspolitik europäische Lösungen brauchen. Ganz gleich wie stark das amerikanische Engagement in Zukunft sein wird: Europa muss sich mehr für seine eigene Sicherheit engagieren. Europa muss mehr leisten – auch in der atlantischen Partnerschaft. Das können wir schrittweise machen, über eine verstärkte Zusammenarbeit – entsprechende Möglichkeiten sieht der Vertrag über die Europäische Union explizit vor – in Richtung einer europäischen Armee. Dafür gibt es auch die Zustimmung der europäischen Bevölkerungen. Umfragen belegen das.

Ein erster Schritt ist etwa, dass wir über europäische Rüstungsk Kooperation sprechen. Die Europäische Kommission hat ein Pilotprogramm für militärische Forschung auf europäischer Ebene für 2017 angekündigt. Die Kommission hat gerade einen Vorschlag für einen gemeinsamen europäischen Verteidigungsfonds gemacht, der in die richtige Richtung geht. Dass allerdings Verteidigungsausgaben gleich wieder beim Schuldenmachen herausgerechnet werden sollen, ist der alte Reflex, der Europa zunehmend schadet. Deswegen haben wir diesen Teil der Idee abgelehnt.

Die Mittel für gemeinsame Ausgaben müssen aus den nationalen Haushalten kommen, aber wir können sie europäisch effizienter ausgeben, wenn wir bereit sind, tatsächlich europäische Verteidigungskapazitäten aufzubauen. Eine stärkere Vereinheitlichung von Waffensystemen und ihre gemeinsame Beschaffung würden zu beträchtlichen Synergieeffekten

führen. Dabei könnten die Beiträge der Mitgliedstaaten in den gemeinsamen Topf die jeweilige wirtschaftliche Kraft spiegeln. Wenn wir hier vorankommen, werden wir dann aber auch über die nationalen Rüstungsexportregime reden müssen. Da müssen Rechtsordnungen angeglichen werden. Das wird nicht alles nach deutschen Vorstellungen gehen können. Vielleicht lernen wir dann, dass die Vorstellungen der anderen auch nicht immer verkehrt sind.

Wir werden auch gemeinsame Einsatzkräfte mit eigenen Kommandostrukturen brauchen. Das wird übrigens alles am ehesten über eine funktionierende deutsch-französische Zusammenarbeit vorangebracht werden.

Das Wichtigste bei all dem – und das würde auch wieder ein Stück europäisches Bewusstsein bedeuten: Wir müssen uns als Europa klar werden, wofür wir eine europäische Armee einsetzen wollen und wer über ihren Einsatz am Ende entscheiden soll.

Entsprechendes gilt für die innere Sicherheit. Wir müssen – eigentlich selbstverständlich – für unsere Sicherheit gegen terroristische Angriffe in der Zusammenarbeit der Polizeien und der Nachrichtendienste in Europa stärker vorankommen. Allerdings, das haben nicht zuletzt die Anschläge in Paris, Brüssel und nun auch in Berlin gezeigt, haben wir allen Grund, sehr gründlich auf unsere eigenen nationalen Defizite in der Sicherheitsarchitektur und der Sicherheitszusammenarbeit zu schauen.

Investitionen und Mobilität für Europas globale Wettbewerbsfähigkeit

Was ebenfalls nur europäisch gelingt, ist, dass dieses Europa im disruptiven Wandel der Globalisierung wettbewerbsfähig bleibt. Sonst wird es nicht mehr ernst genommen und immer weniger mitgestalten können. Dafür sprechen unterschiedlich hohe Ansprüche an soziale Sicherungssysteme, mehr noch aber die unterschiedlichen demografischen Entwicklungen und Bevölkerungspotenziale in den verschiedenen Teilen der Welt.

Es liegt auf der Hand, welches Potenzial in einer europäischen Digitalunion – sie wurde von der Europäischen Kommission schon angekündigt – etwa in einer europäischen Cloud, liegen könnte. Man muss es jetzt nur machen. Europas globale Rolle könnte die einer Art Kommunikationszentrum, einer Kommunikationsdrehscheibe sein, im Bereich der Logistik, der klassischen und der digitalen Infrastruktur. Auch deshalb sind mehr Investitionen ein Schlüssel für europäische Zukunftsfähigkeit. Die Juncker-Initiative mit dem Europäischen Investitionsfonds geht in die richtige Richtung, muss allerdings durch bessere Rahmenbedingungen für die tatsächliche Verwirklichung von Investitionen noch wesentlich ergänzt werden.

Dazu gehört aber genauso, für die disruptiven Entwicklungen in der Kommunikation einen Ordnungsrahmen zu schaffen, um Nachhaltigkeit zu gewährleisten.

Freiheit braucht in der Politik wie in der Wirtschaft einen rechtlichen Rahmen, um sich nicht selbst zu zerstören – das gilt gewiss auch unter den Bedingungen der digitalisierten Welt. Da kann Europa aufgrund seiner Erfahrung viel leisten, und das kann unsere Relevanz in der globalisierten Welt stützen.

Innovationsfähigkeit und Mobilität hängen eng zusammen. Deshalb muss schnell ebenso die Mobilität innerhalb Europas, auch auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt, zunehmen. Warum gründen wir auf dem Weg zu einem gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkt nicht einen europäischen Ausbildungsverbund gegen die immer noch viel zu hohe

Jugendarbeitslosigkeit in manchen Teilen Europas? Wenn man an die demografische Entwicklung denkt, wird klar, dass Europa insgesamt es sich gar nicht leisten kann, seine junge Generation nicht überall bestmöglich zu qualifizieren und zu motivieren. Wir brauchen dringend eine europäische Mobilitätsoffensive für Ausbildung und gegen Jugendarbeitslosigkeit.

Die Wirtschafts- und Währungsunion als eine Art Kerneuropa

Zur globalen Relevanz Europas gehört seine gemeinsame Währung. Der Euro ist im Weltwährungssystem unverzichtbar geworden. Im Übrigen ist der Währungsraum eine Art Kerneuropa. Wir müssen das unbedingt verteidigen. Wenn schon der Währungsraum nicht funktioniert, so weit integriert, wie er ist, dann werden wir auch Schwierigkeiten haben, das gesamteuropäische Gebilde zu verteidigen.

Einen Fehler dürfen wir jetzt nicht machen. Es fehlt ja nicht an Solidarität in Europa; es gibt vielmehr eine große Bereitschaft gerade auch der Deutschen zur Solidarität. Aber wir müssen in Europa darauf achten, dass die Leistungen, die wir erbringen, auch dazu genutzt werden, die Probleme in Europa zu lösen. Es gibt einen internationalen Konsens, weltweit und im Übrigen auch auf europäischer Ebene, dass alle Länder durch Strukturreformen wettbewerbsfähiger werden müssen. Was wir in der Welt nicht haben, ist ein Mangel an Verschuldung. Was wir in der Welt nicht haben, ist ein Mangel an Zentralbankliquidität. Was wir in der Welt aber haben, ist ein Mangel an Wettbewerbsfähigkeit aufgrund versäumter Reformen in vielen Ländern.

Die Währungsunion enthält, von ihrer Konstruktion her, die Versuchung zu Fehlanreizen. Die Anpassungsmöglichkeiten für einzelne Länder sind durch fehlende Abwertungsmöglichkeit geringer und zugleich die Abwälzungsmöglichkeiten der Probleme auf andere größer geworden.

Viele Ökonomen haben vor der Gründung der europäischen Währungsunion bezweifelt, dass eine Währungsunion ohne gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik funktionieren könne. Weil das politisch noch nicht erreichbar war, hat man Regeln vereinbart für nationale Politiken und zugleich das Prinzip, dass kein Staat für die Schulden anderer Staaten haften darf – das Bail-out-Verbot. Das ist anders als im Grundgesetz, wo Bund und Länder eine Haftungsgemeinschaft bilden. Und weil wir eine Währungsunion sind, ohne dabei eine Fiskalunion zu sein, müssen wir den Weg über Regeln gehen, die wir uns geben und die wir dann auch einhalten müssen. Anders geht es nicht.

Wenn man das übrigens tut, wenn man sich an die Regeln hält und Reformen umsetzt, wird man auf einmal ganz erfolgreich. Die Programmländer und die Länder, die sich an die vereinbarten Regeln halten, sind am erfolgreichsten gewesen in den letzten Jahren. An den Regeln liegt es also nicht. Es liegt an mangelnder Umsetzung. Die Regeln müssen mit derselben Stringenz durchgesetzt werden wie beim Wettbewerbsrecht. Sonst wird die Währungsunion nicht stabiler werden.

Wir könnten dazu den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in die Richtung eines Europäischen Währungsfonds weiterentwickeln: Wir könnten ihn in die Lage versetzen, Risiken in den Mitgliedstaaten zu identifizieren, zu überwachen und gegebenenfalls – im Dialog mit einem Staat – die Risiken auch zu steuern. Im Falle eines ESM-Programms könnte der ESM darüber hinaus die Aushandlung entsprechender Konditionalität von der

Europäischen Kommission übernehmen. Bei der Bewilligung eines ESM-Programms könnte künftig eine Gläubigerbeteiligung bei der Schuldenrestrukturierung nach klaren und vorhersehbaren Prinzipien verankert werden. Ein so weiter entwickelter ESM könnte dann auch Backstop für den Single Resolution Fund (SRF) werden, mit den richtigen Entscheidungsstrukturen, Verfahren und Anreizen. Verantwortung darf nicht weggeschoben werden können; die vereinbarte Haftungskaskade müsste vor dem Einsatz des ESM greifen.

Je schwerer die Krisen, desto größer die Chancen

Eine letzte Bemerkung will ich noch machen. Was die Währungsunion und die europäische Migrationspolitik betrifft, steht ja der Vorwurf nicht nur von Juristen im Raum, in Europa herrsche seit geraumer Zeit in erster Linie der Rechtsbruch. Ein Vorwurf, den wir in ähnlicher Weise von ordnungspolitisch orientierten Volkswirten oder Journalisten kennen, wenn sie einen vielfachen Regelbruch in der Währungsunion beklagen.

Zu beidem will ich sagen: Unser deutsches Verständnis der Dinge versuchen wir sehr wohl in Europa zur Geltung zu bringen – und auch gar nicht so völlig erfolglos – aber es ist eben ein deutsches Verständnis der Dinge. Es gibt vielerlei andere Vorstellungen in Europa, die ebenfalls – in diesem Europa, wie es nun einmal ist – ins Gewicht fallen. Vorstellungen – grob – von einer Priorität demokratisch legitimierter Politik.

Europa ist, ich zitiere den britischen Historiker Timothy Garton Ash, ein „facettenreicher, farbenprächtiger Flickenteppich, der nirgends auf Erden seinesgleichen findet“. Das hat eben auch Folgen für die Entscheidungen und die Entscheidungsprozesse. Ein anderer Historiker, Jacques le Goff, hat einmal gesagt, Europa sei ein „langes Patiencespiel“, ein Guldsspiel; aber es sei es wert, hat er hinzugefügt.

Bei allen Problemen, die wir in Europa angesichts von Globalisierung und Digitalisierung, in dem immer schnelleren gesellschaftlichen Wandel unserer Zeit haben: Wir haben allen Grund, auf unsere oft bewiesenen Fähigkeiten zu vertrauen, schwierige Fragen am Ende gut zu beantworten.

Unsere offenen Gesellschaften, unsere Institutionen, die Herrschaft des Rechts bei uns, Gewaltenteilung und repräsentative Demokratie, Wohlstand und sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit – das ist nach wie vor attraktiv in der Welt. Das hat auch mit Mäßigung und Ausgleich zu tun, die wir in unserer leidvollen Geschichte lernen mussten und die die globalisierte Welt in ihren disruptiven Entwicklungen dringend braucht, um der Gefahr der Selbsterstörung zu wehren. Wir haben über – im historischen Maßstab – ungewöhnlich lange Jahrzehnte hinweg einen Raum von Frieden, Freiheit und Wohlstand geschaffen und erhalten.

Wie man ein Zusammenleben transnational organisiert, um Frieden und Freiheit zu wahren, das üben wir in Europa jetzt schon einige Zeit. Das wird in der Welt von Interesse bleiben – in aller Bescheidenheit gesagt, die uns in Europa mit unserer schwierigen Geschichte gut ansteht.

Überall auf der Welt wollen Menschen so leben, wie es diesen europäischen Vorstellungen entspricht. Dieser Wunsch ist auch dort nicht zerstört, wo etwa der arabische Frühling erst einmal gescheitert scheint. Das war in der Französischen Revolution zuerst auch so und trotzdem sind die Werte der Französischen Revolution geschichtsmächtig geblieben.

Das wird auch für die Türkei gelten. Die Frage ist, wie lange es dauert und welche Verirrungen und Abirrungen dazwischen kommen mögen: hoffentlich wenige.

Aber wir müssen die Überlegenheit unseres westlichen Modells auch weiter beweisen. Das wird nur mit wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit und mit funktionierenden Institutionen gelingen. Einen anderen Weg, international relevant und durchsetzungsfähig zu bleiben, wird es für Europa nicht geben. Wir müssen unser durch die Krisen der vergangenen Jahre etwas ramponiertes Modell wieder leistungsfähig erscheinen lassen. Das ist das beste Argument gegen die Skeptiker bei uns selbst, gegen die Gegner unseres Modells in der Welt – und auch das beste Argument für die, die sich unsere Lebensweise weiterhin zum Vorbild nehmen wollen.

Politik ist Zuversicht. Wo Gefahr ist, wächst das Rettende auch. Die Krisen sind groß genug. Die Chancen sind es deswegen auch.